

Anfragen zum Plenum in der 50. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)
--

Klaus Adelt
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Fälle von Rückzahlungsforderung betreffend Zuschüsse zu Abwassermaßnahmen an Gemeinden und Verbände wurden eingeleitet, wie viele Fälle sind bei den Verwaltungsgerichten derzeit anhängig und welche Beträge wurden bereits zurückerstattet?

Hubert Aiwanger
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schüler an Bayerns Gymnasien nehmen derzeit das „Flexijahr“ in Anspruch (in absoluten Zahlen und in Prozent), wie viele Lehrerstunden werden darauf verwendet und ist die Staatsregierung der Meinung, dass mit dem „Flexijahr“ dem vielfach geäußerten Wunsch nach einer neunjährigen Gymnasialzeit Genüge getan ist?

Horst Arnold
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie entwickelte sich die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern, das Durchschnittsalter der Betriebsleiter (Aufschlüsselung jeweils nach Landkreis und Regierungsbezirk, 2010 bis 2013) und wie beurteilt die Staatsregierung die Situation der Hofnachfolge auf den Betrieben (inklusive Darstellung der Schülerinnen und Schüler an den Landwirtschaftsschulen, aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken) im Zeitraum 2003 bis 2013?

Susann Biedefeld
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass sie für den möglichen neuen Verkehrslandeplatz in Coburg Fördermittel von mindestens 50 Prozent – das heißt mindestens 15 bis 20 Mio. Euro – in Aussicht gestellt hat (Aussage der Industrie- und Handelskammer – IHK – zu Coburg), sieht die Staatsregierung die Notwendigkeit dieses Projektes in Anbetracht der Alternativen in der Region und sieht sie die erforderliche Wirtschaftlichkeit für den Betrieb des Verkehrslandeplatzes sichergestellt?

Florian von Brunn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie die Tatsache bewertet, dass die Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH (BEG) auf der Bahnstrecke zwischen Ohlstadt und Oberau ab 15. Dezember 2013 den Zug um 07.37 Uhr streichen wird, der bisher von 20 Schülerinnen und Schülern genutzt wird, um in die Mittelschule Oberau zu gelangen, an der derzeit 34 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf unterrichtet werden, und diese 20 Schüler und Schülerinnen nun vierzig Minuten früher fahren

müssen, was nicht nur das Problem einer starken zeitlichen Belastung der Kinder mit sich bringt, sondern auch das Problem der Beaufsichtigung, die durch Lehrer ausgeübt werden soll, womit sich die weitere Frage stellt, ob die Lehrer diese Zeit auf ihr Stundenkontingent angerechnet bekommen und damit diese Stunden für den Unterricht fehlen?

Kerstin Celina
(GRU)

Vor dem Hintergrund, dass der Mangel an Studienplätzen in den Geisteswissenschaften immer wieder beklagt wird, zuletzt an der Universität Würzburg im Fach Anglistik gemäß Bericht in der „Main-Post“ am 1. Dezember 2013 (<http://www.mainpost.de/-regional/franken/Kein-Platz-fuer-Erstsemester;art1727,7821635>), frage ich die Staatsregierung, wie verhält sich die Anzahl der angebotenen Kursplätze an der Universität Würzburg an der Philosophischen Fakultät I und im Fach Anglistik zur Gesamtzahl der eingeschriebenen Erstsemester, auf welche Art und Weise stellt die Staatsregierung hier fest, ob die Zahl der angebotenen Kursplätze für die Zahl der eingeschriebenen Studentinnen und Studenten ausreicht, damit die Regelstudienzeit eingehalten werden kann und welche Regelungen treten hier zugunsten der Studentinnen und Studenten in Kraft, die sich aufgrund mangelnder Kursplätze nicht in die gewünschten Kursplätze einschreiben konnten?

Dr. Sepp Dürr
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse hat sie im Hinblick auf Solidität, Mitgliederzahl, Vermögen oder Ziele des Vereins „Dank und Gedenken der Aufbaugeneration, insbesondere Trümmerfrauen e.V.“ und war der Staatsminister für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, Dr. Ludwig Spaenle, oder in seinem Auftrag bzw. mit seinem Wissen jemand aus seinem Staatsministerium je Mitglied, und wenn ja, in welchem Zeitraum?

Dr. Hans Jürgen Fahn
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wann wird im Bezirk Unterfranken die Vorgabe des Freistaates, statt Essenspakete Geld für Asylbewerber auszugeben, in den Gemeinschaftsunterkünften (bitte die einzelnen Gemeinschaftsunterkünfte mit aktueller Zahl der Bewohner nennen) und dezentralen Einrichtungen (bitte die einzelnen Einrichtungen mit aktueller Zahl der Bewohner nennen) umgesetzt bzw. wie viel Euro erhält dann jeder Asylbewerber und wann laufen im Einzelnen die bisherigen Lieferverträge (bitte auch den Namen der jeweiligen Firma nennen) aus?

Günther Felbinger
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, mit welchen finanziellen Mitteln wurden Bahnhöfe in den vergangenen fünf Jahren in Bayern barrierefrei umgebaut (Auflistung der Standorte inklusive Kosten nach Regierungsbezirken) und mit welchen finanziellen Mitteln sollen Bahnhöfe in den kommenden fünf Jahren barrierefrei in Bayern umgebaut werden (Auflistung der Standorte inklusive Kosten nach Regierungsbezirken und Reihenfolge des Umbaus) und nach welchen objektiven Kriterien werden die Reihenfolge beim barrierefreien Umbau von Bahnhöfen in Bayern festgelegt und die finanziellen Mittel bereitgestellt (Auflistung der Bewertungszahlen für die einzelnen Bahnhöfe)?

Markus Ganserer (GRU)	Ich frage die Staatsregierung, welche Mindestwartezeiten für Beförderungen gelten für Beamtinnen und Beamte in den einzelnen Ressorts in welchen Qualifizierungsebenen und Fachlaufbahnen?
Thomas Gehring (GRU)	Ich frage die Staatsregierung, wird der Unterrichtsausfall in den Pflichtfächern, die aufgrund von Personalmangel nicht eingerichtet werden konnten, in der Erhebung zum Unterrichtsausfall 2013/2014 statistisch erhoben und falls das nicht der Fall ist, wie und wo wird dieser Unterrichtsausfall erfasst?
Martin Güll (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, welche Parameter legt sie für die Errechnung des Lehrerbedarfs in den einzelnen Schularten zugrunde und sind diese Parameter die gleichen, die zur Berechnung der demografischen Rendite zugrunde gelegt werden?
Ludwig Hartmann (GRU)	Ich frage die Staatsregierung, woher hat sie die Information, dass E.ON erwägt, das Atomkraftwerk Grafenrheinfeld vor dem 31. Dezember 2015 stillzulegen, wie wurde die Behauptung belegt, dass sich der Betrieb des Reaktors nicht mehr rechnen und welche Maßnahmen plant die Staatsregierung, um eine frühere Stilllegung des Atomkraftwerks Grafenrheinfeld zu verhindern?
Alexandra Hiersemann (SPD)	Da nach einem Bericht der „Bayerischen Staatszeitung“ von 4. Oktober 2013 der Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Dr. Markus Söder, bei der 825-Jahr Feier von Dinkelsbühl am 8. September 2013 gesagt hatte, „dass das geplante neue Heimatministerium zwar in Franken, jedoch gerade nicht in Nürnberg, sondern in Westmittelfranken angesiedelt werden“, frage ich die Staatsregierung, warum nun entgegen dieser Aussage die Stadt Nürnberg für den Sitz des Heimatministeriums ausgewählt worden ist?
Christine Kamm (GRU)	Ich frage die Staatsregierung, durch wen und aufgrund welcher rechtlichen Grundlagen erfolgte der Warenverkauf am Totensonntag im Dehner-Gartencenter in Rain am Lech, und inwiefern wurden Landratsamt und Gewerbeaufsicht aufgrund des nicht rechtmäßigen Warenverkaufs tätig?
Annette Karl (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, unter welchen Voraussetzungen kann eine Gemeinde auf einer Durchgangsstraße, die entweder Kreisstraße oder Staatsstraße ist, Geschwindigkeits- oder Nutzlastbeschränkungen erlassen oder ist bei einem solchen Verfahren generell der Landkreis bzw. der Freistaat einzubeziehen?
Natascha Kohnen (SPD)	Bezüglich des Antrags auf Leistungserhöhung des Atomkraftwerks (AKW) Gundremmingen beim Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV) frage ich die Staatsregierung, liegt die Stellungnahme des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Leistungserhöhung im AKW Gundremmingen bereits vor, wenn nicht, wann wird seitens des StMUV mit der Stellungnahme gerechnet und in welchem Zeitraum ist nach Eingang der Stellungnahme mit einer Entscheidung über die Genehmigung der Leistungserhöhung zu rechnen?

Ulrich Leiner
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, haben bayerische Veterinärbehörden oder das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit in den letzten drei Jahren (2010 bis 2013) in der Tierhaltung das Vorhandensein von auf Carbapeneme resistenten Keimen oder anderen wichtigen Reserveantibiotika der Humanmedizin in Ställen untersucht, wenn ja, mit welchem Ergebnis und sind bei den aktuell durch das Bundesinstitut für Risikoforschung ermittelten auf Carbapeneme resistenten Keimen in Tierställen auch Ställe in Bayern betroffen?

Andreas Lotte
(SPD)

Zum Betrieb des Atomkraftwerks (AKW) Grafenrheinfeld frage ich die Staatsregierung, welche Kraftwerkskapazitäten (Angabe in Leistung differenziert nach fossil und erneuerbar) – ausgenommen das AKW Grafenrheinfeld – sind seit dem Jahr 2000 in Nordbayern ans Netz und vom Netz gegangen, wie und durch welche Kapazitäten wurde seit dem Jahr 2000 die Versorgungssicherheit in Nordbayern sichergestellt, in den Zeiten, in denen das AKW Grafenrheinfeld nicht am Netz war?

Peter Meyer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie wird nach dem kurzfristigen Ausscheiden einer Lehrkraft (aus eigenem Antrieb heraus) die Lehrerversorgung in der Mittelschule Hummeltal wieder hergestellt, ist die Mobile Reserve im Bereich des Schulamts Bayreuth in der Lage, den Ausfall von 27 Wochenstunden auszugleichen bzw. kann – auch kurzfristig – etwa durch Reaktivierung von pensionierten Lehrkräften die Lücke vorübergehend geschlossen werden?

Jürgen Mistol
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kommunen haben aufgrund des Art. 11 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (AGGlStV) vom 20. Dezember 2007 (GVBl 2007 S. 922, BayRS 2187-3-I), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 25. Juni 2012, eine Verordnung zur Sperrzeitverlängerung erlassen, welche der 30 einwohnerstärksten Kommunen in Bayern erfüllen aktuell die Vorgabe nicht, dass besondere örtliche Verhältnisse oder ein öffentliches Bedürfnis für eine Sperrzeitverlängerung vorliegen müssen, die nach dem Urteil des Bayerischen Verwaltungsgesichtshofes vom 23. Juli 2013 dann vorliegt, wenn in der jeweiligen Gemeinde eine Zunahme und Verbreitung von Automaten-spielgeräten zu beobachten ist, die mehr als geringfügig über dem Landesdurchschnitt liegt, und sind nach Einschätzung der Staatsregierung Änderungen an dieser Vorgabe notwendig?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, warum wird die Facharztversorgung im Bereich der Gynäkologie in der Region Landshut als ausreichend eingestuft, wenn gleichzeitig Wartezeiten von mehreren Wochen bei Notfällen angegeben werden, wie im Fall einer verängstigten jungen Frau geschehen, über den die „Landshuter Zeitung“ vom 5. Dezember 2013 berichtete, und welche Möglichkeiten hat die Staatsregierung, Verbesserungen für die Patienten im Bereich von Präventions- und Notfallterminen zu erreichen?

Thomas Mütze
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, auf welchen Betrag belaufen aktuell sich die ausstehenden Zinszahlungen und Darlehensrückzahlungen der Hypo Alpe Adria an die BayernLB, die sie mit dem Hinweis auf das österreichische Eigenkapitalersatzgesetz ausgesetzt hat, und wie hoch werden sie bis zum Ende des kommenden Jahres voraussichtlich sein, wenn die Hypo Alpe Adria weiterhin alle Rückzahlungen und Zinszahlungen verweigert?

Verena Osgyan
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, was beinhaltet das Konzept für den Ausbau des Hochschulstandorts im Nürnberger Westen auf dem ehemaligen AEG-Gelände, seit wann existiert dieses Konzept und warum wurde das Parlament nicht vor der Presse über das Konzept informiert?

Dr. Christoph Rabenstein
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wieso an vielen Orten bereits die ersten verpflichtenden Fortbildungen zum LehrplanPLUS für die Grundschule stattfinden und vom Staatsminister für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, Dr. Ludwig Spaenle, öffentlich erste Details bekannt gegeben werden, obwohl laut Zeitplan des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV) die Anhörung der Verbände erst für Mitte Dezember 2013 angesetzt und die Unterzeichnung der Endfassung des neuen Lehrplans durch den Staatsminister für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst für Juni 2014 geplant ist?

Doris Rauscher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, warum erfolgte keine frühzeitige Information und Einbindung der Träger vor der Einführung der 5-Tage-Fehlzeitenregelung (Ausführungsverordnung zum Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz – BayKiBiG), wie gedenkt die Staatsregierung damit umzugehen, dass die Mehrheit der Träger wohl aufgrund der ohnehin schon angespannten Personalsituation mit großen Problemen konfrontiert sein wird, diese neue Fördervoraussetzung zu erfüllen, und wie beabsichtigt sie mit drohenden personellen und finanziellen Engpässen vieler Träger infolge von Rückzahlungsforderungen beim Fördergeld umzugehen?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele illegale Feuerwerkskörper haben bayerische Sicherheitsbehörden seit 2011 sichergestellt (aufgeschlüsselt nach Jahren und Regierungsbezirken), gegen wie viele Personen wurde wegen diesbezüglichen Verstößen gegen das Sprengstoffgesetz ermittelt (Einfuhr, Handel und Besitz illegaler Feuerwerkskörper) und mit welchem Personal- und Sachaufwand werden in den kommenden Wochen im bayerischen Grenzbereich Kontrollen mit Blick auf illegale Pyrotechnik durchgeführt?

Bernhard Roos
(SPD)

Im Zusammenhang mit dem katastrophalen Hochwasser im Frühjahr 2013 frage ich die Staatsregierung, wie hoch ist der zum Stichtag 30. November 2013 ausbezahlte Anteil der vonseiten der Staatsregierung zugesagten Hilfgelder in den betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften, wie stark können die kürzlich vom Kabinett beschlossenen Flutpolder-Ausbauten am Donauoberlauf die Hochwasserspitzen in Passau bestenfalls bzw.

schlechtesten falls reduzieren, und ist nach der widersprüchlichen Nachrichtenlage der letzten Tage und Wochen der dauerhafte Verbleib der Servicestelle Passau des Wasserwirtschaftsamtes Deggendorf in der Dreiflüssestadt sicher?

Harry Scheuenstuhl
(SPD)

Zum Betrieb des Atomkraftwerks (AKW) Grafenrheinfeld frage ich die Staatsregierung, wie hoch war die tatsächliche Leistung (brutto) des AKW Grafenrheinfeld in den Jahren 2000 bis 2013 (jährliche Aufstellung) und wie oft und in welchen Zeiträumen wurde das AKW Grafenrheinfeld in den letzten 13 Jahren vom Netz genommen?

Franz Schindler
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie gedenkt sie den Fehlbestand an Stellen für Richter und Staatsanwälte, Rechtspfleger, Servicekräfte und weitere Mitarbeiter an Gerichten und Staatsanwaltschaften und im Justizvollzug trotz der Ankündigung des Ministerpräsidenten Horst Seehofer in der Regierungserklärung vom 12. November 2013, dass der Personalstand in Bayern nicht weiter steigen dürfe und dass, wer zusätzliche Stellen beantrage, anderswo Stellen einsparen müsse, auszugleichen und ist es hierfür erforderlich, „anderswo“ im Justizressort Stellen einzusparen und falls ja, wo hält die Staatsregierung dies für möglich?

Helga Schmitt-Bussinger
(SPD)

Nachdem die Antwort der Staatsregierung auf meine Anfrage zum Plenum vom 4. Dezember 2013 meine Frage nicht beantwortet hat, frage ich sie, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um das baugeschichtlich wertvolle Dienstgebäude des „Zentrums Bayern Familie und Soziales“, Bärenschanzstraße 8a in Nürnberg unter Denkmalschutz zu stellen und unter welchen Voraussetzungen können die noch bestehenden Gebäude der historischen Bärenschanze Nürnberg, bestehend aus den Gebäuden Bärenschanzstraße 8a, 8b, 8c und 10c, unter Ensembleschutz gestellt werden?

Katharina Schulze
(GRU)

Vor dem Hintergrund von Medienberichten, wonach eine bundesweite Überprüfung von 3.300 vollendeten oder versuchten Tötungsdelikten ohne Tatverdächtige durch Bundeskriminalamt und Landespolizeibehörden ergeben habe, dass auf der Grundlage eines neu entwickelten Indikatorenkatalogs bei 746 Taten Anhaltspunkte für eine mögliche politisch rechte Motivation festgestellt worden seien, frage ich die Staatsregierung, welche konkreten Indikatoren der Überprüfung zugrunde lagen, bei wie vielen Tötungsdelikten in Bayern es entsprechende Anhaltspunkte gibt und welche Konsequenzen für die einzelnen Fälle (z.B. Wiederaufnahme der Ermittlungen) daraus konkret gezogen werden?

Tanja Schweiger
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche Überlegungen es zum Thema Grünlandumbruch außerhalb von FFH-Gebieten, Wasserschutzgebieten oder Teilnehmern am Kulturlandschaftsprogramm (KULAP) es derzeit gibt und welche Änderungen im Bayerischen Wassergesetz und im Bayerischen Bodenschutzgesetz geplant sind, nachdem im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) ein allgemeines Grünlandumbruchverbot nicht in Kraft treten wird?

Gisela Sengl
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch war in den letzten drei Jahren bei den Forstbetrieben Ruhpolding und Berchtesgaden der Bayerischen Staatsforsten jeweils der Anteil an Stammholz in Prozent und absoluten Festmetern, der an Sägewerke in der Region Südostoberbayern (Region 18) mit den Landkreisen Rosenheim, Mühldorf, Altötting, Traunstein und Berchtesgaden abgesetzt wurde, wie hoch war der Anteil, der an Sägewerke in Österreich geliefert wurde und wie hoch war der Anteil, der an Sägewerksunternehmen der Region 18 mit weniger als 50 Mitarbeitern verkauft wurde?

Kathrin Sonnenholzner
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt sie die unterschiedliche Handhabung bei der Verabreichung lebensrettender Medikamente durch Rettungsassistenten in Bayern und gibt es koordinierenden Handlungsbedarf vor allem in Gebieten mit geringer Notarztdichte?

Diana Stachowitz
(SPD)

Angesichts von Berichten über ein starkes Anwachsen der Armutszuwanderung nach Deutschland und sich widersprechender Urteile zweier Landessozialgerichte – des LSG Niedersachsen-Bremen und des LSG Nordrhein-Westfalen – über die Frage, ob Bürger aus anderen EU-Ländern Anspruch auf Sozialleistungen haben, wenn sie keinen Arbeitsplatz in Deutschland finden, frage ich die Staatsregierung, wie sich die Zahl der Zuwanderer aus den EU-Ländern Bulgarien und Rumänien nach Bayern seit deren Beitritt zur Europäischen Union 2007 entwickelt hat, wie viele Zuwanderer aus diesen Ländern in Bayern Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts beziehen und wie sich diese Zahl seit 2007 entwickelt hat?

Claudia Stamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch die Mietkosten des zukünftigen Heimatministeriums in Nürnberg sein werden, mit welcher Kostensumme die Umzugs- bzw. Bereitstellungskosten des neuen Heimatministeriums angesetzt sind und wo für die angekündigten Neueinstellungen im Gegenzug Stellen eingespart werden (nach Ort bzw. Anzahl)?

Rosi Steinberger
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wann hat sie mit wem (Bundesregierung, Tschechische Regierung, etc.) welche Schritte unternommen, um sich an der strategischen Umweltprüfung zur Energiestrategie Tschechiens zu beteiligen (bitte auch die konkreten Ergebnisse dieser Aktivitäten hinsichtlich der Beteiligung bayerischer Bürgerinnen und Bürger angeben)?

Ruth Waldmann
(SPD)

Nachdem das Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration laut seiner Antwort auf meine Anfrage zum Plenum vom 4. Dezember 2013 keine Informationen zur Anzahl der Betreuungsgeldbezieher auf Kreis- und Gemeindeebene hat, frage ich die Staatsregierung, wie der Freistaat Bayern ohne detaillierte Statistik sicherstellen kann, dass Eltern ihre Kinder nicht gleichzeitig in einer Kita unterbringen und Betreuungsgeld beziehen?

Angelika Weikert
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Menschen waren pro Jahr in den letzten zehn Jahren wohnungslos (aufgeschlüsselt nach

Regierungsbezirken, Landkreisen und Kommunen sowie nach Nationalität, Alter und Geschlecht), ist die Staatsregierung darüber informiert, dass der Bedarf an Notfallunterkünften in diesem Winter die Anzahl der vorhandenen Unterbringungsmöglichkeiten wohl drastisch übersteigen wird, und welche Maßnahmen gedenkt sie zu ergreifen, um dieses Problem zeitnah zu lösen?

Dr. Paul Wengert
(SPD)

Im Hinblick auf das Auslaufen der Übergangsfristen für die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für die 2007 der Europäischen Union beigetretenen Länder Bulgarien und Rumänien und der sich daraus ergebenden Sorge vor allem der Kommunen im Hinblick auf Armutszuwanderung frage ich die Staatsregierung, ob und gegebenenfalls welche bayerischen Kommunen seit 2007 besonders davon betroffen sind und wie viele Zuwanderer aus den zum 1. Mai 2004 beigetretenen Ländern Polen, Slowakische Republik, Tschechische Republik, Slowenien und Ungarn vor und nach dem Auslaufen der sog. 2+3+2-Regelung jeweils von dort nach Bayern zugewandert sind?